I-11-027

Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu I-11

Von Zeile 26 bis 28:
Wir lassen die Menschen in diesem Land nicht alleine. Um sie zu unterstützen, braucht es zum einen kurzfristige Entlastungen~~,~~ **sowie ein Moratorium für zahlungsbedingte Strom- und Gassperren,** zum anderen aber muss Deutschland gerechter werden. An vielen Stellen müssen wir unseren Sozialstaat reformieren und an die Herausforderungen und

Begründung

Das Wichtigste in dieser Krise ist, die Primärbedürfnisse der Menschen zu sichern und ihre größten Ängste zu nehmen. Dies sind neben dem Verlust der Wohnung, auch die Kappung der Stromversorgung mit der Folge im Dunkeln zu sitzen, Lebensmittel nicht kühlen und kochen zu können oder aufgrund von Zahlungsverzug nicht heizen zu können und zuhause zu frieren.

Die einfachste Methode hierfür ist jeweils ein Moratorium für Strom- und Gassperren. Ähnlich wie wir es ja schon während Corona hatten und einige Kommunen es auch frewillig beschlossen hatten.

weitere Antragsteller*innen

Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Walburga Halbrügge-Schneider (KV Steinfurt); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Dorothee Kroll (KV Euskirchen); Nabiha Ghanem (KV Soest); Harald Wölter (KV Münster); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Ingrid Tews (KV Mülheim); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Andrea Klose-Kremp (KV Soest); Christian Pandrick (KV Unna); Reinhard Loos (KV Erfurt); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Antje Westhues (KV Bochum); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ben Seel (KV Frankfurt); Bruno Wipfler (KV Stuttgart); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.